2012/20 Inland

https://jungle.world/artikel/2012/20/nicht-vor-meiner-haustuer

Protest gegen ein Wohnprojekt für psychisch kranke Straftäter

Nicht vor meiner Haustür

Von **André Anchuelo**

Im Berliner Stadtteil Weißensee empören sich Anwohner über den Bau eines therapeutischen Wohnprojekts für psychisch kranke Straftäter.

Weißensee ist ein beschaulicher Ortsteil im Nordosten Berlins. Heute gehört der früher eigenständige Bezirk zu Pankow. Rund um den namensgebenden Weißen See gibt es viele Grünanlagen, die Menschen leben in Altbauten und Einfamilienhäusern. Am Rande des Stadtteils befindet sich der größte jüdische Friedhof Europas, der viele Touristen anlockt. Im Süden grenzt das Viertel an den Szenebezirk Prenzlauer Berg, in den vergangenen Jahren sind viele Familien mit Kindern, darunter eine große Anzahl Akademiker, von Prenzlauer Berg nach Weißensee gezogen.

Doch die bürgerliche Idylle wird seit einigen Wochen erschüttert. Wie die Anwohner Ende März aus Presseberichten erfuhren, sollen in einem ehemaligen Gefängnis an der Großen Seestraße Appartements für 20 psychisch kranke Straftäter entstehen. »Das Problem sind die negativen Ausgangsbedingungen«, sagt Peter Dommaschk im Gespräch mit der Jungle World. Er ist Sprecher der Bürgerinitiative »Familienkiez«, die sich gegen den Bau der Einrichtung wehrt.
»Es gab über anderthalb Jahre Vorplanungen, seit mehreren Monaten wird gebaut, doch auf dem Schild, das an der Baustelle erst kürzlich errichtet wurde, ist lediglich die Rede von einem ›therapeutischen Verbund‹«, sagt Dommaschk, der sich im Gespräch betont sachlich gibt. »Uns ist nicht wohl dabei, dass nur 80 Meter von einer Grundschule entfernt und in der Nähe mehrerer Kitas Straftäter untergebracht werden sollen«, schildert der Drehbuchautor, der unter anderem für »Tatort« gearbeitet hat, die Ängste der Anwohner. Vor allem beklagt Dommaschks Bürgerinitiative, dass die Bürger nicht in die Planungen einbezogen worden seien. Doch ob es dann weniger Ablehnung gäbe, ist fraglich.
Die Äußerungen, die während einer Informationsveranstaltung über das geplante Wohnprojekt fielen, waren schärfer. Die Bezirksverwaltung und der Betreiber, die gemeinnützige Zeitraum Gmbh, hatten Mitte April in die Aula der Grundschule am Weißen See eingeladen. Die Berliner Zeitung berichtete, dass über 500 Bürger kamen und Transparente mitbrachten, auf denen zu lesen war: »Kein Psychoknast in unserem

Familienkiez!« Man befürchte, dass »Totschläger, Brandstifter und Pädophile« künftig das Viertel unsicher machen würden, hieß es.

»Garantieren Sie mir, dass meinem Kind nichts passiert«, rief eine wütende Mutter während der Veranstaltung Rolf Bayerl zu. Er ist ärztlicher Direktor des Krankenhauses des Maßregelvollzugs im Land Berlin. Das Krankenhaus hat zwei Standorte in Wittenau und Buch, in den Einrichtungen sind 680 Patienten untergebracht, bei denen aufgrund von Psychosen und Persönlichkeitsstörungen eine Schuldunfähigkeit bei der Verübung von Straftaten diagnostiziert wurde. Bayerl antwortete der empörten Anwohnerin, er garantiere, »dass Täter, die Tötungsdelikte und Sexualstraftaten begangen haben«, nicht in der Einrichtung in Weißensee untergebracht würden. Auch Christian Thomes, Geschäftsführer der gemeinnützigen Zeitraum GmbH, versuchte zu beruhigen: »Die Täter, vor denen sie Angst haben, die ziehen hier nicht hin.« Aufgabe der Einrichtung sei es, ihre Bewohner »zu integrieren und ihnen ein selbstständiges Leben zu ermöglichen«, sagte Thomes.
Die Boulevardpresse allerdings nahm den Bürgerprotest dankbar auf. »In Weißensee entsteht ein Psycho-Knast« und »Ein Kiez in Angst« hieß es im Berliner Kurier, »Wir wollen kein Psycho-Heim in unserem Kiez«, titelte die Bild-Zeitung. Die Bürgerinitiative »Familienkiez« hat zu dieser reißerischen Berichterstattung durchaus beigetragen. Neben »Transparenz und Mitbestimmung« fordert sie auch »ein angstfreies Leben in Weißensee« und beschwört das Bild von einem »Kiez in Angst«.
Helen von Massenbach, die Projektleiterin des Trägers, sagte dem Tagesspiegel: »Die Aufregung legt sich spätestens mit dem Tag der Eröffnung.« Sie weiß, wovon sie spricht: Schon 2007 eröffnete Zeitraum ein vergleichbares Wohnprojekt im Bezirk Wedding – gegenüber einer Kita. Von Massenbach leitet das Haus und betont: »Auch wir als Träger würden nicht so eine Einrichtung gegenüber einer Kita eröffnen, wenn eine Gefahr für die Kinder bestünde.« Vor einigen Jahren gab es im Stadtteil Lankwitz ebenfalls heftige Proteste gegen eine ähnliche Einrichtung. Einem Bericht der »Abendschau« des RBB zufolge bekunden die Anwohner inzwischen, dass man die Heimbewohner kaum bemerke und es keine Probleme mit ihnen gebe.

Dommaschk von der Bürgerinitiative lässt sich auch von solchen Erfahrungsberichten nicht beruhigen: »Ich halte das für Werbemaßnahmen von Senat und Betreibern. Was dort wirklich passiert, weiß man nicht.« Das Wohnprojekt in Lankwitz sei zudem besser geeignet, weil es von einer Schnellstraße und Industrieansiedlung umgeben ist. Zwar ist auch Dommaschk nicht grundsätzlich gegen solche Einrichtungen wie das Wohnprojekt, das nun in dem Viertel in Weißensee entstehen soll, in dem er seit zwölf Jahren wohnt. »Resozialisierung ist sicherlich eine ganz wichtige Sache«, sagt der 37jährige. Doch der Tenor bei ihm und seinen Mitstreitern lautet: Lieber nicht im eigenen Kiez. Andere wurden bei der Bürgerversammlung in der Grundschule in Weißensee noch deutlicher. »Seit 20 Jahren höre ich von Freigängern, denen Psychologen eine Ungefährlichkeit bescheinigt haben und die trotzdem Kinder schänden«, sagte dort ein Mann.
Ganz offensichtlich ist es vor allem diese weitverbreitete Angst vor »Kinderschändern«, die die Bürger im »Familienkiez« umtreibt. Dabei haben sowohl der Geschäftsführer von Zeitraum als auch der Senat klargestellt, dass bestimmte Tätergruppen nicht in die Appartements in Weißensee einziehen werden. »Es werden dort keine Pädophilen, keine Sexualstraftäter, keine Mörder untergebracht«, sagte dem Tagesspiegel zufolge Franziska

Obermeyer, Sprecherin der Senatsgesundheitsverwaltung. Zudem haben Studien und Modellprojekte in den vergangenen Jahren gezeigt, dass die Rückfallquoten erheblich sinken, je besser die Insassen des Maßregelvollzugs therapeutisch behandelt und nach ihrer Entlassung betreut werden.

Vor allem ist die Rede von »Kinderschändern« oder auch »Pädophilen« an sich problematisch. So wies Ursula Enders von Zartbitter e.V., einer »Beratungsstelle gegen sexuellen Missbrauch an Mädchen und Jungen«, kürzlich in einem Gespräch mit dem Blog Publikative.org darauf hin, dass, wer das Wort »Kinderschänder« benutze, sich fachlich disqualifiziere. Denn dies bedeute, die Opfer lebten fortan in Schande – damit aber verletze man die Opfer. Der Begriff Pädophilie sei ebenfalls unangemessen. Denn wenn jemand beispielsweise frankophil sei, bedeute dies auch nicht, er missbrauche Franzosen. Die Leiterin der Kölner Beratungsstelle verwies zudem darauf, dass die meisten Fälle von sexuellem Kindesmissbrauch nicht durch unbekannte Fremde, sondern von Tätern im Familien- und Bekanntenkreis verübt werden.

© Jungle World Verlags GmbH